



Kommuniqué der Minister

Verantwortungsvolle Investitionen in Agrar- und Ernährungswirtschaft – Schlüsselfaktor für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung

Globales Forum für Ernährung und Landwirtschaft – Berlin, 19. Januar 2013

Die beim 5. Berliner Agrarministertreffen versammelten Minister,

Herausforderungen

1. in der Erkenntnis, dass die nachhaltige Landwirtschaft eine zentrale Rolle dabei spielt, die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, und untrennbar mit der Bekämpfung von Hunger, Unterernährung und Armut, vor allem in den Entwicklungsländern, verbunden ist, und betonend, dass Investitionen in eine nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung unerlässlich sind, um die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Ernährung zu fördern;
2. hervorhebend, dass die landwirtschaftliche Produktion erheblich gesteigert werden muss angesichts der Notwendigkeit, den Nahrungsmittelbedarf von 9 Milliarden Menschen im Jahr 2050 zu decken, wobei sich die durchschnittlichen jährlichen Nettogesamtinvestitionen in den Entwicklungsländern nach Schätzungen der FAO auf mindestens 83 Milliarden US-Dollar belaufen müssten;
3. eingedenk der Verpflichtungen, die von der internationalen Gemeinschaft in verschiedenen Foren eingegangen wurden, – wie im Jahr 2009 auf dem Weltgipfel zur Ernährungssicherheit – um weltweit Ernährungssicherheit zu erreichen und Ziel 1 der Millennium-Entwicklungsziele zu realisieren;
4. in Würdigung der von vielen Entwicklungsländern eingegangenen Verpflichtungen, vor allem in Afrika, den Anteil ihrer staatlichen Ausgaben für den Agrarsektor zu erhöhen und der bereits erzielten Fortschritte; in Anerkennung der

von den afrikanischen Staaten bereits erzielten Fortschritte bei der Umsetzung des Umfassenden Programms zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft;

5. in Bekräftigung dessen, dass sich die globale Erwärmung und Wüstenbildung sowie die städtebauliche Erschließung von landwirtschaftlichen Nutzflächen negativ auf die Produktion von Grundnahrungsmitteln auswirken, insbesondere in den Entwicklungsländern;
- 5a. die Notwendigkeit der Entwicklung angemessener Strategien zur Abmilderung und Bewältigung von Ernährungskrisen, vor allem mit Blick auf deren Folgen für die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, betonend;
6. in Anerkennung der besonderen Gegebenheiten in kleinen Volkswirtschaften und abgelegenen Inselstaaten, wie zum Beispiel geringe oder fehlende ökonomische Skaleneffekte, große Entfernung von zentralen Absatzmärkten sowie Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels als primär Betroffene;
7. in Anbetracht dessen, dass sich die steigende Nutzung von Feldfrüchten für Nicht-Ernährungszwecke unter bestimmten Bedingungen auf die Ernährungssicherung auswirken kann;
8. zur Kenntnis nehmend, dass sich die übermäßigen Preisschwankungen auf landwirtschaftliche Betriebe auswirken und dass die Folgen von Schwankungen nachhaltige Investitionen behindern könnten.

Künftige Vorgehensweise

9. betonen die Notwendigkeit, verantwortungsvolle öffentliche und private Investitionen in den folgenden Bereichen u.a. zu erhöhen, um landwirtschaftliche Produktion und Einkommen zu steigern:
 - nachhaltige Landwirtschaft, einschließlich ihrer Intensivierung,
 - ländliche Entwicklung, Land- und Wasserbewirtschaftung und ländliche Infrastruktur,
 - landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten und Verflechtung des städtischen und ländlichen Raums,
 - angemessene Transport- und Lagerkapazitäten, effektive und nicht handelsverzerrende Biosicherheits-, Veterinär- und phytosanitäre Kontrollen in Übereinstimmung mit den SPS-Regelungen und damit verbundene geeignete Technologien, insbesondere um

Nachernteverluste und die Verschwendung von Lebensmitteln zu vermeiden,

- Erschließung der Humanressourcen, Forschungsarbeiten, Innovationen und die Entwicklung neuer Technologien durch öffentliche Hochschulen und Forschungseinrichtungen, einschließlich Know-how-Transfer zwischen Ländern,
- effektive und operative Dienstleistungen für den Agrarsektor, wie z.B. tierärztliche Dienste, qualitativ hochwertige Saatgutzüchtung für bestimmte Regionen, Erhaltung der genetischen Ressourcen und der Kulturpflanzenvielfalt sowie andere damit verbundene Dienstleistungen wie z.B. Informationsdienste, Schlachthäuser, Verpackung, Marktzugang und Vertrieb,
- landwirtschaftliche Beratungsdienste zum Technologietransfer, um bewährte Verfahren in der landwirtschaftlichen Betriebsführung zu fördern, wozu auch Verfahren zur Anpassung an den Klimawandel und dessen Abmilderung zählen,

und fördern gegebenenfalls die Entwicklung adäquater marktwirtschaftlicher Finanzinstrumente, die auf die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Entwicklung zugeschnitten sind, einschließlich eines angemessenen Risikomanagements;

10. bekräftigen die Souveränität und Verantwortung von Staaten, zukunftsweisende politische Konzepte zu verfolgen, die zu nachhaltigem, integrativem und gerechtem Wirtschaftswachstum und zu nachhaltiger Entwicklung führen, insbesondere für die Landwirtschaft, sowie Strategien für die Bewältigung von Ernährungskrisen zu entwickeln, da die Ernährungssicherung und die ländliche Entwicklung Fragen der sozialen und politischen Stabilität, der Konfliktlösung und der nationalen Sicherheit sind;
11. tragen zu nationalen, regionalen und internationalen Investitionspolitiken bei, die die landwirtschaftliche Entwicklung unterstützen, Armut verringern und die positive Rolle und die legitimen Interessen der jungen und kleinbäuerlichen Landwirte, der Frauen in der Landwirtschaft sowie der indigenen und lokalen Gemeinschaften in Entwicklungsländern in den Mittelpunkt stellen, alles mit dem Ziel, verantwortungsvolle Investitionen zu steigern und effektiver zu verteilen;
12. erkennen außerdem an, wie wichtig ein förderliches Umfeld ist, um private Investitionen im Landwirtschaftssektor zu steigern und zu erhalten – basierend

auf einem Rechtsrahmen, der die Rechte und Interessen der Staaten und deren Bevölkerung, und dabei vor allem der ländlichen Gemeinden und [deren] ländlicher Bevölkerung, einschließlich deren Landnutzungsrechten, schützt – und berücksichtigen dabei die Notwendigkeit:

- die legitimen Interessen von Investoren aufzuzeigen und zu achten und Rechtsansprüche zu gewährleisten,
- Transparenz zu verbessern und – wo dies geboten erscheint – rechtliche, regulatorische, administrative oder Informationsbeschränkungen zu reduzieren, die die nachhaltige Entwicklung behindern können,
- transparente und gut funktionierende Märkte zu fördern, einschließlich effektiver Preismechanismen, und regionale und internationale Bemühungen diesbezüglich zu unterstützen;
- Konsultationen zwischen Investoren, Staaten, Organisationen der Landwirte, anderen Akteuren und internationalen Organisationen zu erleichtern, um die wirtschaftliche Verflechtung zu fördern,
- lokale, nationale, regionale und globale Lebensmittelmärkte zu integrieren,
- eine verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern zu verbessern,
- nachhaltige Investitionen im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPPs) zu steigern,

erkennen ferner die Katalysatorrolle von Investitionen in öffentliche Güter an, die geeignete Rahmenbedingungen für Landwirte und andere Investoren schaffen können, und

stellen fest, dass der OECD-Politikrahmen für Investitionen in die Landwirtschaft (PFIA) unter Umständen die auf eine Verbesserung des Umfelds für Agrarinvestitionen abzielenden Bemühungen von Empfängerländern von Investitionen unterstützen kann;

13. verpflichten sich, – angesichts der zentralen Rolle von Landwirten als Agrarinvestoren – das fachliche Wissen und Können, insbesondere von Kleinbauern, zu verbessern, ihren Zugang zu Kapital und Finanzdienstleistungen zu erleichtern, Technologietransfer zu ihren Gunsten zu fördern, ihnen Informationsdienste anzubieten, einen gerechten Zugang zu natürlichen

Ressourcen zu fördern und die Landwirte dabei zu unterstützen, sich selbst zu organisieren, um Effizienz- und Produktivitätsgewinne zu erzielen.

14. fordern Investoren u.a. dazu auf:

- Geschäftsmodellen Vorrang einzuräumen, die Landwirte, insbesondere Kleinbauern, in Wertschöpfungsketten mit einbinden,
- durch transparente Märkte einer fairen und aufrichtigen Wirtschaftstätigkeit nachzugehen,
- legitime Besitzrechte von Frauen und Männern und alle geltenden Rechtsvorschriften zu achten,
- mit gebührender Sorgfalt vorzugehen, um Verletzungen der Menschenrechte zu vermeiden und Missstände abzustellen,
- die Anforderungen im Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen zu erfüllen,
- die nationale Souveränität über natürliche Ressourcen sowie die ökologische Nachhaltigkeit und das Wohlergehen der örtlichen Gemeinschaften zu berücksichtigen und
- die Transparenz und Rechenschaftspflicht bei Investitionen zu fördern, die mit Übertragungen von Besitzrechten an Land und natürlichen Ressourcen verbunden sind;

15. erkennen an, dass große Investitionsvorhaben sowohl Chancen als auch besondere Risiken beinhalten, fordern daher besondere Schutzmaßnahmen und dass diese Investitionsvorhaben strukturell vernünftig, sozial förderlich und umweltverträglich sind, und erleichtern die Konsultationen zwischen Investoren und Akteuren;

16. fordern die beteiligten Parteien auf, ihre Absicht zu bestätigen, die „Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Rahmen der nationalen Ernährungssicherung“ im Einklang mit den nationalen Prioritäten umzusetzen und fordern die Wirtschaftsunternehmen auf, diese sowohl im In- als auch im Ausland einzuhalten;

17. fordern alle Beteiligten dazu auf, die weitere Ausarbeitung der „Internationalen Leitlinien zur Sicherung einer nachhaltigen Kleinfischerei“ der FAO zu unterstützen;

18. fordern alle Beteiligten dazu auf, die allgemeinen Leitlinien für verantwortungsvolle Investitionen weiter zu entwickeln, indem sie sich dazu verpflichten, den laufenden integrativen Konsultationsprozess innerhalb des Ausschusses für Welternährungssicherheit zur Ausarbeitung der Prinzipien für verantwortliche landwirtschaftliche Investitionen, die ein hohes Maß an Legitimität besitzen und die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Ernährung vorantreiben, aktiv zu unterstützen.